

WAHLKREISPOST SABINE BÄTZING LICHTENTHÄLER

Lieber Wahlkreis,

die vergangene Woche hielt mit der Haushaltsdebatte im Landtag Rheinland-Pfalz eigentlich einen politischen Höhepunkt für uns bereit. Was uns bereits am Morgen der Generaldebatte im Landtag tatsächlich erwarten sollte, war der traurige Rückblick auf die Ereignisse in London am vergangenen Mittwoch. Wieder einmal musste eine europäische Hauptstadt, die für ihre internationale Lebensweise bekannt ist

und in der viele Millionen Menschen zusammen eine Chance für ein selbstbestimmtes Leben in Freiheit suchen, Zeuge eines feigen und hinterhältigen Attentats werden. Viele Menschen wurden verletzt, einige sind ums Leben gekommen. Meine – unsere – Gedanken sind bei den Familien und Freunden der Opfer und allen, die an diesem Tag Zeuge dieser schrecklichen Tat werden mussten. Besonnene Entschlossenheit ist das, was es jetzt braucht, um Sicherheit wieder herzustellen und mögliche Hintermänner der Tat ihrer gerechten

Strafe zuzuführen. Denn eines ist für mich vollkommen klar: Wer unser Leben in Freiheit und Selbstbestimmung nicht nur gefährdet, sondern aktiv bekämpft, indem er Unschuldige tötet, der darf keinen Platz in unserer Gesellschaft haben.

Trotz dieser harten, aber manchmal eben auch notwendigen Worte, wünsche ich euch – wie immer – nun noch eines: eine gute Woche!

Alles Gute – passt auf euch auf!
Eure Sabine



RHEINLAND-PFALZ VORBILD FÜR DEN BUND

Martin Schulz will Bildung überall gebührenfrei machen

Der SPD-Landesvorsitzende Roger Lewentz und der Generalsekretär der SPD Rheinland-Pfalz, Daniel Stich, gratulieren Martin Schulz: „Martin Schulz ist auch von einer starken rheinland-pfälzischen Delegation und mit einem sensationellen Ergebnis von 100 Prozent zum Bundesvorsitzenden der SPD und zum Kanzlerkandidaten gewählt worden. Die rheinland-pfälzischen Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten stehen geschlossen hinter Martin Schulz. Wir freuen uns auf einen Wahlkampf für einen Kandidaten, der eine eindeutige Haltung vertritt und klare Kante gegen rechte Parolen zeigt. Mit ihm wollen wir am 24. September alle Zeichen im Bund auf Zusammenhalt stellen.“

In einer starken Rede in der Arena Berlin habe Martin Schulz während des Bundesparteitags auch bekräftigt, dass das rheinland-pfälzische Modell der gebührenfreien Bildung von der Kita bis zur Hochschule überall in Deutschland gelten müsse. Dort wo eine starke SPD regiere, werde Chancengleichheit tagtäglich gelebt. Das gelte für Rheinland-Pfalz und das müsse auch für Deutschland insgesamt gelten. Nur mit der SPD zähle das Versprechen des sozialen Aufstiegs wirklich.

„Gemeinsam mit unseren über 700 Neumitgliedern seit Ende Januar werden wir für unseren sozialdemokratischen Kanzlerkandidaten und mehr soziale Gerechtigkeit kämpfen. Die rheinland-pfälzische SPD wird mit hoher Energie für Martin Schulz in den Wahlkampf ziehen. Denn es ist Zeit für mehr soziale Gerechtigkeit und Zeit für Martin Schulz“, versprechen Lewentz und Stich für die rheinland-pfälzische Sozialdemokratie.

ETWAS FÜR DIE MENSCHEN ERREICHEN

Malu Dreyer sprach bei Vereidigung des Bundespräsidenten

„Der scheidende Bundespräsident Joachim Gauck hat betont, dass Deutschland international größere Verantwortung übernehmen muss. Deshalb ist es ein Glücksfall, dass Frank-Walter Steinmeier ihm heute im Amt folgt, der Deutschland aus dem Blickwinkel anderer Nationen kennengelernt hat“, so Bundesratspräsidentin Malu Dreyer bei der Vereidigung von Bundespräsident Steinmeier in der vergangenen Woche.



Dabei habe Steinmeier zeigen können, dass man selbst in schwierigsten Konflikten mit Beharrlichkeit und Geduld etwas für die Menschen erreichen könne. Dreyer unterstrich: „In den letzten Wochen hat Frank-Walter Steinmeier immer wieder leidenschaftlich daran erinnert, was wir hier in Deutschland selbstverständlich genießen – den Schutz des Lebens, die gleiche Würde aller Menschen, Meinungs- und Gewissensfreiheit, eine freie Presse, soziale Sicherheit.“ Der neue Bundespräsident lenke damit den Blick auf die Möglichkeiten, die Deutschland biete, so die Bundesratspräsidentin. „Demokratie verträgt keine Resignation. Sie braucht entschlossene Demokraten, die sich engagieren und die sich nicht aufs Glatteis führen lassen, wenn gefühlte Wahrheiten an die Stelle überprüfter Fakten zu treten scheinen.“



An den scheidenden Präsidenten gewandt unterstrich Ministerpräsidentin Malu Dreyer, Joachim Gauck habe gezeigt, was die Kraft des klugen Wortes vermöge. Er habe populistischen Hass stets einen Ansporn genannt, noch entschiedener für die demokratische Freiheit einzutreten.

Hartnäckig und charmant habe Gauck für ein gutes Miteinander geworben, ohne zu verschweigen, dass Vielfalt anstrengend sei. „Wir sind verschieden, aber wir gehören zusammen. Wir gehören zusammen und wir stehen zusammen. Das haben Sie, lieber Herr Gauck, in den vergangenen Jahren immer wieder betont. Und ich möchte bekräftigen: Zusammen sind wir Deutschland!“, so Ministerpräsidentin Malu Dreyer.

Im Namen der Länder dankte Ministerpräsidentin Malu Dreyer Joachim Gauck und seiner Lebensgefährtin Daniela Schadt für ihr Wirken. Auch Elke Büdenbender, die Ehefrau des neuen Bundespräsidenten Frank-Walter Steinmeier, werde sich in den Dienst des Landes stellen. Dem neuen Paar im Schloss Bellevue wünschte die Bundesratspräsidentin für das neue Amt alles erdenklich Gute, viel Kraft und eine glückliche Hand. „Lassen Sie uns gemeinsam für Einigkeit und Recht und Freiheit streiten!“

OPFER DES § 175 STGB WERDEN REHABILITIERT

Justizminister Maas brachte Gesetzentwurf ins Kabinett ein

Am vergangenen Mittwoch hat die Bundesregierung in ihrer Kabinettsitzung den von SPD-Justizminister Heiko Maas eingebrachten Gesetzentwurf zur Rehabilitierung und Entschädigung von Opfern des Paragraphen 175 verabschiedet. Die von einigen Verbänden und der Opposition geäußerten Befürchtungen, das Gesetz werde in dieser Legislaturperiode nicht mehr eingebracht, haben sich als unbegründet erwiesen.

Zum Beschluss des Bundeskabinetts erklärt die Bundesvorsitzende der SPDqueer Petra Nowacki: „Justizminister Heiko Maas hat Wort gehalten und die Rehabilitierung wie auch die Entschädigung der durch den Unrechtsparagrafen 175 StGB verurteilten Männer eingebracht. Neben der Aufhebung der Urteile ist eine finanzielle Entschädigung der noch lebenden Betroffenen vorgesehen.“

SPDqueer bedankte sich für das entschlossene Handeln von Heiko Maas, der SPD-Bundestagsfraktion und der ganzen SPD. Nachdem im Mai vergangenen Jahres durch ein Rechtsgutachten von Professor Dr. Martin Burgi festgestellt wurde, dass eine Aufhebung der Urteile nach dem Paragraphen 175 StGB möglich ist, kündigte Heiko Maas umgehend eine Rehabilitierung an. Seit Jahren ist dies ein zentrales Anliegen der SPDqueer. Nun zeigt die politische Arbeit innerhalb wie außerhalb der SPD ihre Wirkung.

„Dass der § 175 StGB als Schandfleck unsere Justizgeschichte wahrgenommen wird, ist richtig und wichtig. Nicht nur, weil er in seiner verschärften Form ein Überbleibsel der NS-Diktatur darstellte, sondern weil auch seine reformierte Fassung das höchste Gut unseres Wertekanons verletzte: die Menschenwürde. Menschen, die nach diesem Unrechtsparagrafen verurteilt wurden, wurde nicht nur im juristischen Sinne großes Unrecht angetan. Ihre Würde wurde verletzt, da sie stigmatisiert, gesellschaftlich und beruflich ausgegrenzt und ihnen die Chancen genommen wurden, ihre individuellen Lebensentwürfe zu realisieren“, so Nowacki.

„Queer-politisches Arbeiten beschränkt sich für die SPD nicht nur auf die juristische Gleichstellung. Auch das Werben und Eintreten für eine offene und vielfältige Gesellschaft ist und bleibt eine unerlässliche Aufgabe“, schließt die Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft.

MEHR GESUNDHEIT DURCH TELEMATIK?

Fachtagung wägt Risiken und Chancen der Digitalisierung für die Gesundheitsversorgung in Rheinland-Pfalz ab

Der „Megatrend“ Digitalisierung und dessen Bedeutung bei der Entwicklung eines zukunftsfähigen Gesundheitswesens waren Kernpunkt der Veranstaltung "Gesellschaft im Wandel – Selbstbestimmung auf der Strecke?" des Landesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit Rheinland-Pfalz (LfDI) und des rheinland-pfälzischen Gesundheitsministeriums heute in Mainz.

In ihren Eingangsstatements waren sich die Gesundheitsministerin Sabine Bätzing-Lichtenthäler und der Datenschutzbeauftragte des Landes, Professor Dr. Dieter Kugelmann, einig, dass die Telematik im Gesundheitswesen nie nur Selbstzweck sein darf, sondern immer der Mensch und damit auch ethische Fragen im Vordergrund stehen müssten.

Die Ministerin betonte die große Verantwortung, die mit der Einführung digitaler Anwendungen im Gesundheitswesen einhergeht: „Es bedarf einer gesellschaftlichen Debatte sowohl über Nutzen und Chancen als auch über Defizite und Risiken, die sich aus der Verfügbarkeit umfassender Datensätze gerade im medizinischem Kontext ergeben. Hilfebedürftige und alte Menschen dürfen nicht elektronisch bevormundet werden.“

LfDI Kugelmann pflichtete dem bei und sprach sich zudem für einen digitalen TÜV für Gesundheits-Apps aus, die in großen Mengen Gesundheitsdaten ihrer Nutzerinnen und Nutzer sammeln: „In Anlehnung an die Unterscheidung verschreibungsfreier von verschreibungspflichtigen Medikamenten könnten differenzierte Lösungen gefunden werden. Auf die Risiken des Einsatzes der Technologie muss jedenfalls ausdrücklich hingewiesen werden“, so Kugelmann. Doch auch die Ärzteschaft nahm der LfDI in die Pflicht: „Die Ärztin oder der Arzt tragen selbst individuelle Verantwortung für die patientengerechte und damit datenschutzverträgliche Anwendung von Heilmitteln jeder Art. Dazu zählen auch digitale Heilmittel.“

Sowohl der Datenschutzbeauftragte als auch die Ministerin betonten die Notwendigkeit, „rote Linien“ der Digitalisierung im Gesundheitsbereich festzulegen, die den Schutz der persönlichen Freiheit der Patientinnen und Patienten gewährleisten und von den beteiligten Akteuren nicht überschritten werden dürfen.

Die anschließende Diskussionsrunde, die der ZDF-Journalist Ralph Szepanski moderierte, wurde von Dr. Irmgard Stippler, Vorstandsvorsitzende der AOK Rheinland-Pfalz/Saarland – Die Gesundheitskasse, Sabine Strüder von der Verbraucherzentrale Rheinland-Pfalz und Professor Dr. Ignaz Wessler, ehemals stellvertretendem Vorsitzenden der Ethik-Kommission bei der Landesärztekammer Rheinland-Pfalz, komplettiert. Es herrschte ein breiter Konsens, dass in der globalisierten Welt des 21. Jahrhunderts Datenschutz nur im Zusammenwirken aller betroffenen Akteure funktionieren könne. Die Digitalisierung des Gesundheitswesens erfordere die Entwicklung eines Systems gestufter und differenzierter Verantwortlichkeiten. Wenn sich alle Beteiligten ihrer Verantwortung bewusst seien, könne in einem Prozess des offenen Dialogs der Prozess der Digitalisierung auch in solch vertraulichen Zusammenhängen wie einer ärztlichen Heilbehandlung datenschutzgerecht ausgestaltet werden.

60 JAHRE ESF – 60 PROZENT FÜR WEITERBILDUNG

Bätzing-Lichtenthäler zum 60. Jubiläum des Sozialfonds

Am 25. März 2017 wurde der 60. Jahrestag der Römischen Verträge gefeiert. Diese wurden am 25. März 1957 von den sechs Gründungsstaaten Deutschland, Frankreich, Italien, Niederlande, Belgien und Luxemburg in Rom unterzeichnet und markieren den Beginn der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) und damit die Geburtsstunde des Europäischen Sozialfonds (ESF).

„60 Jahre ESF – das ist gerade in der jetzigen Situation, in der wir alle aufgerufen sind, die Errungenschaften der europäischen Einigung zu verteidigen und die Zukunft Europas mitzugestalten, ein guter Grund zum Feiern. Der ESF leistet seit seiner Gründung einen entscheidenden Beitrag zum sozialen Zusammenhalt in Europa. Mit seinen Mitteln werden europaweit viele wegweisende Projekte zur Verbesserung der Beschäftigungsfähigkeit von Millionen Menschen finanziert, auch bei uns in Rheinland-Pfalz“, erklärte Ministerin Sabine Bätzing-Lichtenthäler.

In Rheinland-Pfalz stehen in der laufenden Förderperiode 2014-2020 insgesamt 109 Millionen Euro aus ESF-Mitteln zur Verfügung, um die soziale Eingliederung von benachteiligten Personen im Land zu stärken und Armut zu bekämpfen, in Bildung und Ausbildung vor allem von jungen Menschen zu investieren, hochwertige Beschäftigung zu fördern und die berufliche Kompetenz von Arbeitskräften zu unterstützen.

„Aufgrund der raschen technischen und wirtschaftlichen Entwicklung gewinnen lebenslanges Lernen und damit die berufliche Weiterbildung zunehmend an Bedeutung, besonders wenn es darum geht, mit den Anforderungen der sich wandelnden Arbeitswelt Schritt zu halten. Wir nehmen das Jubiläumsjahr 60 Jahre ESF zum Anlass und fördern ab sofort mit unserem Weiterbildungsgutschein QualiScheck die Teilnahme von Beschäftigten an beruflichen Weiterbildungsmaßnahmen durch eine Erstattung von 60 Prozent statt wie bisher 50 Prozent der Weiterbildungskosten. Damit müssen förderberechtigte Personen nur noch 40 Prozent der Weiterbildungskosten selbst tragen, den Großteil übernehmen der ESF und das Land“, so Bätzing-Lichtenthäler.



Die Arbeitsministerin wies darauf hin, dass mit dem QualiScheck der Mehrwert der ESF-Förderung sehr gut veranschaulicht werden kann, da sie den Menschen direkt zu Gute kommt. „Wir hoffen, dass wir mit der Erhöhung des Fördersatzes auf 60 Prozent weitere Anreize für Beschäftigte setzen, sich beruflich weiterzubilden und sich neue berufliche Perspektiven zu eröffnen. Damit wollen wir einen Beitrag zum Erhalt der Beschäf-

tigungsfähigkeit sowie zur Fachkräftesicherung in unserem Land leisten und gleichzeitig verdeutlichen, welche Vorteile die Bürgerinnen und Bürger ganz konkret vom europäischen Einigungsprozess haben.“

Das Jubiläum „60 Jahre ESF“ soll darüber hinaus im Jahresverlauf Gegenstand weiterer Aktionen und Veranstaltungen im Land sein. Weitere Informationen finden Sie auf www.esf.rlp.de.